

Zukunft des Heizungsgesetzes: Verunsicherung bei Haushalten wächst

Nach dem Ende der Heizungsförderung kämpfen einkommensschwächere Haushalte um den Umstieg auf klimafreundliche Systeme.

Oberösterreich, Österreich - Das plötzliche Ende der „Raus aus Öl und Gas“-Förderungen hat bereits viele Haushalte in Österreich getroffen. Laut Martin Kloboucnik, Geschäftsführer von Wolf Heiztechnik, erhalten einkommensschwache Haushalte zwar weiterhin Rückerstattungen für den Heizungstausch, jedoch bleibt der Zugang zu erforderlichen Mitteln oft ungenutzt. Zudem besteht in Oberösterreich noch erhebliches Potenzial zur Förderung nachhaltiger Heizsysteme, wie Kloboucnik in der **Krone** betonte.

Mit dem anstehenden Wahlkampf schwenken die politischen Debatten erneut um das Gebäudeenergiegesetz (GEG). CDU-Politiker Jens Spahn hat angedeutet, dass nach einem möglichen Wahlsieg Teile des GEG abgeschafft und die Heizungsförderung eingestellt werden könnten. Diese Unsicherheit hat dazu geführt, dass viele Haushalte hastig noch Fördergelder für Wärmepumpen beantragt haben, um sich die Vorteile einer Förderung vor dem möglichen Ende zu sichern. Experten warnen, dass ohne klare staatliche Unterstützung die Anschaffungskosten für nachhaltige Heizsysteme wie Wärmepumpen untragbar werden könnten, während die Betriebskosten von Gas- und Ölheizungen weiter steigen werden, wie in einem Bericht von **Utopia** erläutert wurde.

Die Unsicherheit steigt

Die Debatte um die Zukunft des Gebäuderechts wirft nicht nur Fragen auf, sondern sorgt auch für erhebliche Verunsicherung. Sollte das GEG tatsächlich reformiert oder abgeschafft werden, könnten weitreichende Konsequenzen für die gesamte Heizungsbranche drohen, warnen Fachleute. Die gegenwärtige Regelung sieht vor, dass neue Heizungen bis 2029 zu mindestens 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Ein Ausscheren von diesen Vorgaben könnte den Einsatz von Gas- und Ölheizungen wieder ankurbeln, was den Klimazielen der EU widerspricht und dadurch die Planungssicherheit für die Branche gefährdet, so Helmut Bramann, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Heizung, Sanitär, Klima (ZVSHK).

Zusammengefasst befinden sich Haushalte, die auf eine neue Heizungsanlage setzen wollen, in einer angespannten Situation. Während die Angst vor einem Ende der Förderungen wächst, steigen zugleich die Kosten für fossile Brennstoffe, was die Entscheidung für nachhaltige Alternativen dringend erscheinen lässt. Eine sorgfältige Planung und rechtzeitige Anträge für Fördermittel sind in dieser Lage entscheidend, um die finanziellen Belastungen zu minimieren.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Oberösterreich, Österreich
Quellen	• www.krone.at • utopia.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at